



An das
Bundesministerium für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Stubenbastei 5
1010 Wien

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

Beilagen

LAD1-VD-157502/043-2005

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug
BMLFUW-UW.2.1.6/0069-VI/2/2005

Bearbeiter
Dr. Heißenberger

(0 27 42) 9005

Durchwahl
12095

Datum
18. August 2005

Betrifft

Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (AWG-Novelle 2005)

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (AWG-Novelle 2005), wie folgt Stellung zu nehmen:

I. Allgemein

Als Ziel des vorliegenden Entwurfes wird in den Erläuterungen die Herstellung der EU-Konformität durch Umsetzung der entsprechenden EG-Regelungen angeführt. Soweit der vorliegende Entwurf die Herstellung der EU-Konformität durch Umsetzung entsprechender Richtlinien vorsieht, werden keine Einwendungen erhoben.

Es ist festzustellen, dass mit dieser Novelle konkrete Vollzugsprobleme gelöst werden, einzelne Bestimmungen aber deutlich auf die rechtliche und sachliche Erforderlichkeit noch zu prüfen wären (hier ist insbesondere auf die Bestimmungen zur Sicherstellung und auf § 62 hinzuweisen).

II. Zu den Kosten:

1. Die Erläuterungen zum zur Begutachtung übermittelten Entwurf enthalten eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen unter Anwendung der Richtlinien für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen, An-

hänge 3.1 und 3.3 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 387/2004.

Dazu ist zunächst festzustellen, dass die Berechnungen von der Annahme ausgehen, dass sämtliche anfallende Tätigkeiten ausschließlich von Vertragsbediensteten verrichtet werden. Diese Prämisse ist unrealistisch, weil es sich bei der Materie um klassische Hoheitsverwaltung, in der gerade in den höheren Verwendungsgruppen typischerweise Beamte eingesetzt werden, handelt. Weiters ist anzumerken, dass der für die Raumkosten veranschlagte Durchschnittswert von 7,4 €/m² nicht die Verhältnisse im St. Pöltener Regierungsviertel berücksichtigt. Die Lage der Bürogebäude des Amtes der NÖ Landesregierung in St. Pölten entspricht einem sehr guten Nutzwert, der nach dem Immobilien-Preisspiegel der Wirtschaftskammer 2001 bereits einen Wert für 11,6 €/m² aufwies. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für zusätzliche Rechtsmittelverfahren nicht in der Kostenschätzung enthalten.

Unter Zugrundelegung dieser unvollständigen Ausgangsdaten werden nun für die Bundesländer einmalige Gesamtkosten in der Höhe von € 66.397,63 und jährliche Kosten in der Höhe von € 16.596,30 angegeben. Entgegen dem eindeutigen Gesetzesauftrag des § 14 Abs.3 BHG wurde somit eine Aufgliederung der Mehrkosten auf die einzelnen Länder unterlassen.

2. Die Anzahl der zu führenden Verfahren (§ 6) ist nicht zuletzt wegen der wiederholten Änderungen der Abfallbezeichnungen als zu nieder angesetzt. Ebenso wird die durchschnittliche Verfahrensdauer deutlich länger sein. Zur Überprüfung der Sicherstellungen ist darauf hinzuweisen, dass für die betroffenen Deponien zum Teil noch keine bzw. zu geringe Sicherstellungen für den im § 48 vorgesehenen Zeitraum vorliegen. Die Zahl der zu prüfenden Anlagen erhöht sich dadurch zusätzlich auch um Bodenaushub- und Baurestmassendepoien (ca. 1000 Deponien). Damit erhöht sich sowohl der jährliche bzw. regelmäßige als auch der einmalige Aufwand deutlich. Die Verwaltung (Kontrolle, Aufbewahrung, Indexanpassung, Fristverwaltung etc.) ist mit einem hohen personellen Aufwand verbunden und ist in jedem Fall wesentlich höher anzusetzen als in den Erläuterungen.

Für die amtswegige regelmäßige Überprüfung der Sicherstellungshöhe alle fünf Jahre ist mit einem erheblichen Aufwand auf Amtssachverständigenseite zu rechnen. Pro

Deponie muss im Schnitt mit einem Arbeitstag allein bei den Amtssachverständigen gerechnet werden. Dies bedeutet für Niederösterreich aufgrund der Vielzahl an Deponien mindestens 150 Tage pro Jahr.

3. Zu § 62 (Überwachung von Behandlungsanlagen) ist darauf hinzuweisen, dass mit der Neuanfügung der Abs. 2a bis 2c mit zusätzlichen Bescheiden (150 bis 300 pro Jahr) zu rechnen ist. Dabei ist sowohl ein zusätzlicher Aufwand beim Sachbearbeiter als auch beim entsprechenden Amtssachverständigen anzusetzen. Weiters ist durch die vorgesehene sofortige Vollstreckbarkeit dieser Bescheide auch mit einem deutlichen zusätzlichen Aufwand bei den Vollstreckungsbehörden (Bezirksverwaltungsbehörden) zu rechnen.

III. Zu den einzelnen Bestimmungen:

1. Zu Z. 2 (§ 3 Abs. 1 Z. 1 und 2):

Grundsätzlich ist die bisherige Bestimmung zur Abgrenzung des AWG 2002 vom Wasserrechtsgesetz 1959 in bestimmten Bereichen unklar. Die beabsichtigte Formulierung sollte insofern überarbeitet werden, als sich aus der vorgeschlagenen Textierung einerseits Unklarheiten hinsichtlich der Zuständigkeit Abfallrecht und Wasserrecht ergeben und andererseits die Zuständigkeit je nach Verfahrensstand und subjektiven Kriterien zwischen den Bereichen Abfallrecht und Wasserrecht wechselt. Durch die vorliegende Bestimmung kommt es zu Doppelgleisigkeiten bei konsenslosen bzw. konsensüberschreitenden Abwasserbeseitigungsanlagen, weil nur mehr „Stoffe, die in Übereinstimmung den wasserrechtlichen Vorschriften in Gewässer oder in eine Kanalisation eingeleitet werden“ vom Vollzugsbereich des AWG 2002 ausgenommen sein sollen, während gleichzeitig weiterhin eine Neuerung im Sinne des § 138 WRG 1959 vorliegt, die jedenfalls von der Wasserrechtsbehörde zu ahnden wäre.

Da nicht davon auszugehen ist, dass mit dieser Bestimmung eine teilweise Derogierung des § 138 WRG 1959 erfolgen soll, ist mit dieser Bestimmung keinerlei Verwaltungsvereinfachung gegeben, weil diesfalls zumindest bei bewilligten Abwasserbeseitigungsanlagen (bei Konsensüberschreitungen bzw. sonstigen Missständen) abwechselnd die Wasserrechtsbehörde und die Abfallrechtsbehörde für dieselbe Anlage zu-

ständig ist. Es sollte überlegt werden, § 3 Abs. 1 wie folgt zu formulieren:

„Dieses Bundesgesetz gilt nicht für

1. Einwirkungen auf Gewässer und Einleitungen in Kanalisationen, die den wasserrechtlichen Vorschriften unterliegen.“

Eine Neuformulierung wird jedenfalls für erforderlich erachtet.

Zu Z. 2 sollte geprüft werden, ob bei den Ausnahmen zusätzlich der 8. Abschnitt (Behandlungsaufträge ...) aufzunehmen ist (z.B. Entgasung bei Deponien).

Gemäß Z. 2 sollen Stoffe vom Geltungsbereich ausgenommen werden, die zulässigerweise an die freie Luft abgegeben werden. Nach den Erläuterungen erfolgt eine zulässige Abgabe an die freie Luft dann, wenn dies im Einklang mit bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften erfolgt. Nicht nur die Abgabe an die Luft, sondern auch die zulässige Abgabe an den Boden sollte vom Geltungsbereich ausgenommen werden (vgl. Bodenschutzgesetze der Länder).

Angeregt wird, eine dem § 74 Abs. 4 und 6 Gewerbeordnung 1994 nachgebildete Bestimmung ins AWG 2002 aufzunehmen, insbesondere für jene Fälle, in denen pflanzliche Stoffe aus der Be- und Verarbeitung zum Einsatz gelangen sollen.

2. Zu Z. 3 (§ 6 Abs. 7):

Es sollte klargestellt werden, ob die Z. 2 und 3 nur für Anlagen gelten, die dem AWG 2002 unterliegen, oder für alle Behandlungsanlagen, unabhängig vom Genehmigungsregime.

3. Zu Z. 4 (§ 7a bis 7b):

Es sollte klargestellt werden, ob Sachverständige der Behörden von diesen Bestimmungen bei der Durchführung von Überprüfungen und Abgabe von Gutachten erfasst werden. Ausnahmen sind für diese Personen jedenfalls erforderlich. Eine Klarstellung sollte erfolgen.

4. Zu Z. 6 (§ 15 Abs. 1):

In dieser Bestimmung wird die Wortfolge „und beim sonstigen Umgang mit Abfällen“ eingefügt. Eine Präzisierung, was mit dieser Formulierung gemeint ist, sollte erfolgen.

5. Zu Z. 21 (§ 39 Abs. 3 Z. 4a):

Zweckmäßigerweise sollte diese Beschreibung vom Konsenswerber an das Bundesministerium übermittelt werden (vgl. auch § 78 Abs. 9 des Entwurfes). Zusätzlich ist der Zeitpunkt der Übermittlung festzulegen.

6. Zu Z. 23 (§ 48 Abs. 2):

Dazu ist festzuhalten, dass die weitgehende Nachsorgefreiheit von Bodenaushubdeponien vorgesehen ist und somit bei Bodenaushubdeponien im Regelfall keine Sicherstellung für die Nachsorge erforderlich ist. Für Deponien des Deponietypes „Bodenaushub“ sollten keinerlei Fristvorgaben festgelegt werden. Noch viel mehr sollte diese Nachsorgefreiheit für Deponien, in denen ausschließlich nicht verunreinigter Bodenaushub abgelagert wird, geregelt sein. Für diese Deponien, in denen ausschließlich nicht verunreinigter Bodenaushub abgelagert wird, sollte keinerlei Sicherstellung bzw. Fristvorgabe erforderlich sein. Dies entspricht auch den inhaltlichen Vorgaben des § 48 Abs. 4 AWG 2002.

Klargestellt werden sollte auch, von welchen Mindestzeiträumen bei den übergeleiteten Deponien (z.B. alte Reaktordeponie, die technisch mit der weitergeführten Deponie über Sickerwasser und Gas zusammenhängt) auszugehen ist. Der anzusetzende Nachsorgezeitraum ist zwingend für eine korrekte Berechnung der Sicherstellungsleistung erforderlich. Die Erläuterungen dazu sind nicht ganz nachvollziehbar (Zeitvorgabe für die Berechnung, wann eine Sicherstellung nicht mehr erforderlich ist, hängt davon ab, ob keine Umweltgefährdung ausgeht). Für Reststoff- und Massenabfalldeponien (diese Deponietypen sind erst seit 1. Jänner 2004 einzuhalten) liegen keine tatsächlichen Erfahrungen über langfristiges Emissionsverhalten vor. Der Mindestzeitraum ist also als erste Schätzung einzustufen und sollte sorgsam gewählt werden. Eine Überarbeitung dieser Bestimmung sollte erfolgen.

Der Begriff „finanzmathematisch“ sollte in den Erläuterungen dargelegt werden.

7. Zu Z. 24 (§ 48 Abs. 2a und 2b):

Die rückwirkende Vorschreibung von Sicherstellungen sollte im Hinblick auf das Sachlichkeitsgebot jedenfalls überprüft und in den Erläuterungen dargelegt werden.

Der vorliegende Entwurf dieser Bestimmung betrifft abgeschlossene Deponien, worunter die meisten Altablagerungen fallen. Die gewählte Formulierung ist kompliziert und führt zu Auslegungsproblemen.

Es wird daher vorgeschlagen, folgende Formulierung aufzunehmen:

„(2b) Abs. 2a gilt nicht für Deponien, auf denen keine Ablagerungstätigkeiten mehr vorgenommen werden.“

Auf folgenden Umstand ist bei Realisierung des Entwurfes zusätzlich hinzuweisen: Im vorliegenden Entwurf ist bei der Berechnung der Sicherstellungsleistung bei bestehenden Deponien von dem offenen Volumen auszugehen. Ausdrücklich wird bei der Anpassung der Sicherstellungsleistung ausgeschlossen, dass dies auch für Deponien gilt, für die der Einbringungszeitraum beendet oder die genehmigte Gesamtkapazität erreicht ist. Dies ist weder sinnvoll noch vertretbar aus technischer Sicht, da im Entwurf unter offenem Volumen offenbar nur der noch nicht verfüllte Deponieteil verstanden wird. Das bedeutet, dass für verfüllte Bereiche, die noch nicht ordnungsgemäß abgeschlossen wurden, keine Sicherstellung vorgeschrieben werden kann (weder für den Abschluss noch für die Nachsorgemaßnahmen).

Diese beiden im öffentlichen Interesse wesentlichsten Teile nach dem Betrieb wären damit nicht von der Sicherstellung umfasst. Somit erhebt sich die Frage, wie in diesen Fällen dann von der Behörde ordnungsgemäß mit dem Deponiesickerwasser, dem Gas, der Grundwasserbeobachtung etc. umgegangen werden soll. Die Nichtbesicherung eines Abschluss- und Nachsorgeteiles müsste klar geregelt werden. Die pauschale rückwirkende Berechnung der Sicherstellungsleistung ab 1. Juli 1990 ist daher abzulehnen und sollte im oben angeführten Sinn überarbeitet werden.

Der Sicherstellungsbetrag sollte auch dem Baukostenindex entsprechend wertgesichert angepasst werden. Details dieser Berechnung sollten bundeseinheitlich vorge-

geben werden und auch für Reststoff- und Massenabfalldeponien anzuwenden sein. Zu überlegen wäre noch die Aufnahme der Möglichkeit oder Verpflichtung, auch für andere Anlagen als Deponien eine Sicherstellungsleistung für den ordnungsgemäßen Betrieb und die Auflassung vorschreiben zu können.

8. Z. 28 (§ 62 Abs. 2a bis 2c):

Die in dieser Bestimmung vorgesehene sofortige Vollstreckbarkeit von Bescheiden stellt ein Sonderverfahrensrecht dar und sollte in den Erläuterungen dazu näher eingegangen werden. Für die Praxis bedeutet dies, dass z.B. das Fehlen einer Schlüsselnummer im Konsensumfang, das Betreiben einer konsenslosen Behandlungsanlage bedeuten könnte. Eine Übernahme einer nicht im Konsens enthaltenen Abfallart kommt in der Praxis jedoch häufig vor. Auch bei Großbetrieben ist die Wahrscheinlichkeit einer Übertretung des AWG 2002 und in weiterer Folge eine Zuordnung zu einem bestimmten Anlagenteil oder einer Maschine sehr hoch. Es ist mit einer großen Anzahl von Betrieben oder Teilen von Betrieben zu rechnen, die gesperrt werden müssten. Das Erfordernis der sofortigen Vollstreckbarkeit für einen Bescheid gemäß § 62 Abs. 2a ist nicht erkennbar und sollte daher entfallen.

IV. Abschließend:

Weiters ist noch darauf hinzuweisen, dass für den Fall eines Behandlungsauftrages gemäß § 73 AWG 2002 noch immer keine an den Grundeigentümer gerichteten Duldungsverpflichtungen normiert sind (im Falle des Auseinanderfallens der Verursacher- und Grundeigentümereigenschaft), da § 46 nur im Zuge eines Bewilligungsverfahrens zur Anwendung kommt (zuständige Behörde erster Instanz ist die Genehmigungsbehörde). Es wird daher angeregt, in Anlehnung an § 16 Abs. 2 Altlastensanierungsgesetz in § 73 eine entsprechende Duldungsverpflichtung der Grundeigentümer aufzunehmen.

Die vorliegende Novelle sollte zum Anlass genommen werden, in den Verwaltungsstrafbestimmungen des § 79 den unterschiedlich hohen Rahmen für Geldstrafen entsprechende unterschiedlich hohe Rahmen für die Ersatzfreiheitsstrafen aufzunehmen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

Ergeht an:

1. An das Präsidium des Nationalrates ,
2. An das Präsidium des Bundesrates ,
3. An alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
4. An alle Ämter der Landesregierungen (zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
5. An die Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1014 Wien
6. An das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien
7. Landtagsdirektion

NÖ Landesregierung

G A B M A N N

Landeshauptmann-Stv.